



Antrag

der Fraktionen der SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP sowie der Abgeordneten des SSW

Weitere Unterstützung für Minority SafePack Initiative

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag Schleswig-Holstein bekräftigt seinen Beschluss der Drucksache 18/1147 (neu):

Die Europäische Union hat sich in ihrer Grundrechtecharta zum Schutz nationaler Minderheiten verpflichtet. Die Achtung und der Schutz von Minderheiten sind zudem Teil der Kopenhagener Kriterien, die für einen Beitritt zur EU zu erfüllen sind. Darüber hinaus haben die Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene verschiedene Initiativen ergriffen, um Minderheiten wirkungsvoll zu schützen und zu fördern.

Für Schleswig-Holstein gehört es zum Grundverständnis der Politik, Minderheiten und Volksgruppen bei ihrem Bemühen, ihre Identität zu wahren und zu leben, zu unterstützen. Der Schutz und die Stärkung der Rechte von Minderheiten innerhalb der EU sind jedoch nicht überall gleichermaßen zufriedenstellend.

Der Landtag begrüßt und unterstützt trotz der Ablehnung der Europäischen Kommission vom 13.09.2013 weiterhin die „Minority Safepack Initiative“ von der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), die erste europäische Bürgerinitiative, die Minderheitenschutz zum Inhalt und Ziel hat.

Der Landtag begrüßt das Urteil des Gerichts der Europäischen Union vom 03.02.2017, wonach die Entscheidung der Europäischen Kommission 2013, eine Registrierung der Minority SafePack Initiative abzulehnen, rechtswidrig war. Der Schleswig-Holsteinische Landtag unterstützt die FUEN mit ihrer Minority SafePack Initiative auch weiterhin.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Unterschriftenaktionen für mehr Minderheitenschutz in Europa ebenfalls zu unterstützen sowie sich auf Bundes- und EU-Ebene für die feste Verankerung und Durchsetzung der Interessen von nationalen Minderheiten und Sprachminderheiten in der Europäischen Kommission einzusetzen.

Begründung:

Die Minority SafePack Initiative wurde 2013 von der FUEN erarbeitet. Mit dem Urteil des Europäischen Gerichts wurden neun der ursprünglich elf ausgearbeiteten Rechtsakte der Initiative zur Sammlung von Unterschriften zugelassen. Die Rechtsakte umfassen konkrete Maßnahmen zur Stärkung des Minderheitenschutzes und der Minderheitenrechte innerhalb der EU in den Bereichen Gleichheit, Bildung und Kultur, Regionalpolitik und Partizipation. Bislang wurde die Minority SafePack Initiative, dessen Ziel und Inhalt ein verstärkter Minderheitenschutz ist, mit rund 1000 Online-Unterzeichnungen gefördert. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Minority SafePack sind bis zum 03.04.2018 eine Million Unterschriften notwendig.

Birte Pauls
und Fraktion

Peter Lehnert
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW